*Alexander Bogner und Stefan Strauß*

# Vom demokratischen Ethos zum digitalen Pathos? Politischer Diskurs in der digitalen Transformation

## 1. Einleitung

Digitalisierung galt noch vor wenigen Jahren als Hoffnungsträger für die Demokratie. Ereignisse wie der „arabischen Frühling" und die verortete „Smartphone-Revolution" stärkten Erwartungen an effektivere Partizipation und eine Qualifizierung des politischen Diskurses. Im Wahlkampf 2012, aus dem der damalige US-Präsident Barack Obama als Sieger hervorging, spielten digitale Instrumente eine so starke Rolle wie nie zuvor. Dementsprechend schwärmte die *MIT Technology Review* Anfang 2013 auf ihrem Titel: „Big Data Will Save Politics". Wenige Jahre später, nach Bekanntwerden des Cambridge Analytica-Skandals im Herbst 2018, fragte dann dieselbe Zeitschrift auf ihrem Cover etwas ratlos: „Technology is threatening our democracy. How do we save it?" Filterblasen, Fake News, Hate Speech, die hemmungslose Twitter-Politik vom inzwischen abgewählten US-Präsidenten Trump und diverse Datenskandale haben gezeigt, wie unscharf die Grenzen zwischen echter politischer Teilhabe, populistischer Instrumentalisierung und purer Manipulation geworden sind. Obendrein ermöglicht die Digitalisierung eine scheinbar beiläufige Quantifizierung des politischen Diskurses, der auch die Qualität und Präsenz von Inhalten beeinträchtigt.

Mittlerweile unumstritten sind die vielfältigen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und vor allem ethischen Herausforderungen der digitalen Transformation. Zusehends kritisch beurteilt wird etwa die Etablierung neuartiger Monopolstrukturen in Gestalt der „Big Five" US-Tech-Konzerne (Staab 2019). Eng damit verbunden ist die Macht der Algorithmen, die genutzt wird, um intransparent und engmaschig individuelle und gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu steuern und zu beeinflussen (Pasquale 2015). Das mündet zusehends in einen sich weiter verschärfenden „Überwachungskapitalismus" (Zuboff 2018), zu dessen Kernmethodik der Einsatz digitaler Identifikationstechniken zählt, die eine Bedrohung für Grund- und Freiheitsrechte und personale Autonomie darstellen (Strauß 2019). In Summe ergibt sich ein komplexes Spannungsverhältnis zwischen Digitalisierung

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und Demokratie: Demokratische Institutionen und Politik stehen unter massivem Druck.

In unserem Beitrag diskutieren wir, wie sich dieser Transformationsdruck im politischen Diskurs auswirkt und inwiefern digitalisierte politische Kommunikation eine Bürde für das demokratische Ethos bedeutet. Im ersten Teil wird erläutert, was unter diesem demokratischen Ethos zu verstehen ist. Anschließend skizzieren wir grundlegende Probleme der Digitalisierung mit Blick auf die öffentliche Erwägungskultur. Am Beispiel aktueller Auseinandersetzungen um Fake News, Microtargeting und Nudging machen wir deutlich, dass demokratische Politik nicht nur durch Inszenierung und Manipulation mittels digitaler Mittel gefährdet ist, sondern vielmehr durch einen grundlegenden Wandel des Politischen, der sich im Kult der Authentizität und dem Kampf gegen die Idee der Vermittlung äußert. „Klassische" journalistische Medien beklagen in dieser Entwicklung einen schleichenden Verlust ihrer Gatekeeper-Funktion und reagieren zugleich teils als ungewollte Verstärker einer Emotionalisierung politischer Botschaften. Über „Umwege" kann die Digitalisierung des Politischen so – trotz Gatekeeper – auch antidemokratische oder populistische Tendenzen begünstigen. Unserer zentralen These nach geraten mit der Digitalisierung vor allem zwei fundamentale Prinzipien der (liberalen) Demokratie unter Druck: das institutionelle Prinzip der Vermittlung sowie das ideelle Prinzip eines reflektierten Relativismus. Der nächste Abschnitt erläutert, was diese beiden Prinzipien bedeuten.

## 2. Selbstrelativierungsfähigkeit und Vermittlung – das demokratische Ethos

Um die Gefährdungspotenziale der Digitalisierung für demokratische Politik abschätzen zu können, muss man zunächst klären, worin die institutionellen Grundlagen der Demokratie bestehen. Naheliegend sind vor allem Stichworte wie Gewaltenteilung, allgemeines Wahlrecht und Freiheitsrechte (Meinungs-, Versammlungs- oder auch Pressefreiheit). Weniger offenkundig, aber in unserem Zusammenhang besonders relevant sind die zentralen Vermittlungsinstanzen politischer Willensbildung. Schließlich erfolgt Willensbildung in liberalen Demokratien nicht unmittelbar durch das Volk, sondern vermittelt über bestimmte Instanzen. Das sind primär Parteien und Parlamente, aber natürlich auch – und mit steigender Bedeutung – die Medien. Moderne Demokratie lässt sich schon technisch nicht als direkte Demokratie, sondern „nur" repräsentativ, also in Form eines Parlamentarismus umsetzen. Dass die parlamentarische Demokratie sich dabei durch direktdemokratische Elemente ergänzen lässt, ändert nichts am Prinzip. Doch es sind nicht allein technische Gründe, die für eine parlamentarische

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

bzw. Parteiendemokratie sprechen. Bereits die Gründerväter der heutigen USA plädierten für unabhängige Parlamentarier und nicht direkt vom Volk wählbare Richter, weil sie die unmittelbare Willensbildung auf Grundlage ungefilterter Emotionen fürchteten.

Die Vermittlungsfunktion durch verschiedene Institutionen (Parteien, Parlament, Journalismus, Medien) spielt eine zentrale Rolle in der Demokratie. Sie ermöglicht es, eine konstruktive Distanz zwischen unmittelbarem Wollen, zwischen eruptiver Bewegung und politischer Entscheidung herzustellen. Das Mittel dafür besteht in der Öffnung von Räumen, in denen über den freien Austausch von Meinungen und Standpunkten so etwas wie eine Entschleunigung politischer Entscheidungsfindung bei gleichzeitiger Rationalisierung der Debatte ermöglicht werden soll. Schon John Stuart Mill hat in seiner berühmten Abhandlung über die Freiheit argumentiert, dass nur die offene Rezeption der frei geäußerten Widerrede den Anspruch auf besseres Wissen und überlegte Entscheidungen legitim macht (Mill 1974). Wer alternative Meinungen leichtfertig aus dem Feld schlägt, beraubt sich der Möglichkeit, die eigene Position in offener, vorurteilsfreier Auseinandersetzung mit der Gegenseite besser zu begründen. Gleichzeitig aber wusste Mill natürlich, dass nicht jede Art von Dissens immer auch produktiv ist. Institutionelle Vorkehrungen, eine tendenziell ausufernde Meinungsvielfalt auch wirklich produktiv zu machen, bestehen in der liberalen Demokratie daher im Zwang, die eigene Meinung über den Umweg der Parteiorganisationen relevant machen zu müssen bzw. in der Festlegung von Sperrklauseln für die Wahl des nationalen Parlaments. Auf diese Weise wird jede politische Initiative durch einen mehrstufigen Vermittlungsprozess geschickt.

Die für die liberale Demokratie wesentlichen Vermittlungsorgane versinnbildlichen letztlich den heimlichen „Erziehungsanspruch" jeder funktionierenden Demokratie: Im Rahmen der öffentlichen Meinungs- und politischen Entscheidungsbildung geht es darum, für die eigenen Überzeugungen einzustehen, ohne den politischen Gegner als Feind zu betrachten. Es geht darum, die eigene Position zu verteidigen, ohne jedoch die prinzipielle Legitimität der Gegenposition anzuzweifeln. Mit anderen Worten: Die eigentlichen Werte der liberalen Demokratie sind die nirgendwo explizit festgeschriebenen Diskursnormen, nicht jedoch bestimmte politische Zielsetzungen (wie z. B. Gerechtigkeit im sozialistischen Modell). Ein schwieriges Problem entsteht aus der Erosion solcher Normen, wie man seit einiger Zeit am Beispiel der USA beobachten kann. Dort vereitelt die extreme politische Polarisierung mittlerweile fast jede vernünftige Kompromissfindung (Levitsky/Ziblatt 2018). Dementsprechend gilt „Partyism" (Sunstein 2015) – ein voraussetzungsloser Hass auf Personen einzig aufgrund ihrer

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Parteizugehörigkeit – fast schon als eine ebenso destruktive Ideologie wie der Rassismus oder Sexismus.

Mit anderen Worten: Eine funktionierende Demokratie setzt die Fähigkeit zur Relativierung der eigenen Position voraus. Wer davon ausgeht, dass er (oder sie) eine privilegierte Sicht der Dinge hat und daher eine offene Debatte scheut, der privilegiert in Wirklichkeit Dogmatismus, Autoritarismus und Intoleranz. Der Wille zum Dialog ergibt sich nur auf Basis der Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur Selbstinfragestellung und damit zur Selbstrelativierung. Nur unter der Voraussetzung dieser grundsätzlichen Offenheit lassen sich wesentliche Elemente der Demokratie – wechselnde Mehrheiten und geschützte Minderheiten – begründen. Diesen engen Zusammenhang zwischen liberaler Demokratie und weltanschaulichem Relativismus hat der österreichische Verfassungsrechtler und Soziologe Hans Kelsen schon in den 1920er Jahren thematisiert: „Wer absolute Wahrheit und absolute Werte menschlicher Erkenntnis für verschlossen hält, muss nicht nur die eigene, muss auch die fremde, gegenteilige Meinung zumindest für möglich halten. Darum ist der Relativismus die Weltanschauung, die der demokratische Gedanke voraussetzt." (Kelsen 2018, S. 132) Gäbe es so etwas wie die absolut überlegene Meinung („Wahrheit") oder anders gesagt: Existierte ein allgemein geteilter Glaube an die konkurrenzlose Überlegenheit einer bestimmten politischen Strategie, wäre jede politische Debatte obsolet. Die für die liberale Demokratie wesentlichen Vermittlungsinstitutionen wären dann nur noch überflüssiger Zierrat, bestenfalls dazu geeignet, die Exekutive in ihrer Arbeit zu behindern.

Das Prinzip der Vermittlung und die Ideologie des Relativismus sind also zentrale Pfeiler dessen, was man das demokratische Ethos nennen kann. Beide Prinzipien machen deutlich, dass Demokratie „gelebt" werden muss, also einer demokratischen Gesinnung bedarf. Und beide dienen letztlich dem Ziel, über die Öffnung des Diskurses eine „vernünftige" Politik zu ermöglichen. Im nun folgenden Abschnitt geht es darum, auf welche Weise diese Grundlagen heute, im Zuge der Digitalisierung, unter Druck geraten.

## 3. Politik und digitaler Anpassungsdruck

Seit den 1990er Jahren, als Internet und WWW ihren Anfang nahmen, hat sich die Gesellschaft durch neue Interaktionsformen und unvermittelte Kommunikation über digitale Medien politisch und sozial enorm verändert. Damals wurde euphorisch von einer Demokratisierungswelle geschwärmt und McLuhans Metapher vom „Globalen Dorf" schien real geworden zu sein. Unbestritten fand hier ein Wandel statt: Anfangs hauptsächlich *Bottom-Up* durch sog. *Grassroots*-Organisationen und einzelne Interessensgemein-

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

schaften in spezifischen Nischen. Mit dem Aufkeimen des Web 2.0 ab den 2000er Jahren wurden insbesondere soziale Medien wie Facebook und etwas später Twitter zu einem globalen Mainstream-Phänomen. Durch den hohen Breitenwirkungsgrad wurden soziale Medien zusehends interessanter für die Politik, und – getrieben von diesen Medien – kam es zu einem weiteren Strukturwandel der Öffentlichkeit (Lüter/Karin 2010; Schrape 2015; Barberi/Swertz 2017).

Dieser Wandel ist jedoch zwiespältig und begleitet von Spannungen. Soziale Medien haben einerseits zwar die Entstehung zahlreicher Teilöffentlichkeiten begünstigt, wie z. B. aktuell die *Fridays for future*-Bewegung, *#Metoo* und viele andere mehr. Insofern lässt sich hier eine stärkende Rolle für die Zivilgesellschaft beobachten. NGOs, Grassroots und echte Bürger*innenbewegungen haben mit sozialen Medien ein relativ niedrigschwelliges Werkzeug parat, mit dem sich auch Themen abseits des politischen Mainstreams auf die Agenda setzen und öffentlich sichtbar in den Diskurs einspeisen lassen. Das vermittelt durchaus den Eindruck von mehr Partizipation und Demokratisierung. Allerdings wird dieser Eindruck getrübt durch die mittlerweile sehr gezielte strategische Nutzung sozialer Medien von parteipolitischen oder anders politisch motivierten Akteuren, die immer häufiger mit ideologischen oder gar manipulativen Absichten verbunden ist. Diese haben hier wie auch in der analogen Welt den Vorteil, auf etablierte Machtstrukturen zugreifen zu können. So lassen sich ebenso niedrigschwellig und effizient politische oder ideologische Botschaften über digitale Kanäle verbreiten. Aktuelles Beispiel ist die ultrakonservative Terrorgruppe der Taliban, die moderne Plattformen gezielt nutzt. Die Taliban haben im Google Play Store eine App veröffentlicht, auf der sie Videos und Nachrichten verbreiten; sie betreiben viele Internetseiten und nutzen Twitter. „Während Trump auf Twitter gesperrt ist, haben Taliban-Sprecher Hunderttausende Follower“ (Theile 2021).

Erschwerend kommt hinzu, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten auch gezielt beobachtet werden. Das Beispiel des kurzen Arabischen Frühlings belegt eindrucksvoll die enorme Ambivalenz sozialer Medien: Regimekritische Aktivist*innen vernetzten sich über Facebook und andere digitale Kanäle und mobilisierten die Bevölkerung zum Widerstand. Einige externe Kommentatoren feierten daher frühzeitig den Sieg digitaler Demokratie. Vernachlässigt wurde dabei aber, dass diese Mobilisierung schon Jahre vorher und auch danach noch weitgehend auf der Straße stattfand. Die viel gefeierten sozialen Medien waren nur ein Instrument unter vielen, dessen höhere Breitenwirksamkeit zwar durchaus von Vorteil war. Wesentlich gravierender war aber die gezielte Überwachung der Protestbewegung seitens der Machthaber, die gerade aufgrund der digitalen Vernetzung der Akti-

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

vist*innen erheblich einfacher wurde. Die sozialen Medien trugen eben auch enorm zur Zerschlagung der kritischen Zivilgesellschaft bei (Benkirane 2012; Aichholzer/Strauß 2016, S. 92f.). Wenige Jahre später blieb von dieser Demokratisierungshoffnung wenig übrig. Das Beispiel verdeutlicht auch, wie ungleiche Machtverteilung – eben auch in der „digitalen" Welt – den politischen Diskurs massiv beeinflusst.

Den Medien kommt hier eine besondere Rolle zu. Soziale Medien vermitteln zunächst den Eindruck, interaktiver und symmetrischer als klassische Massenmedien zu sein. Habermas (1990) hatte ja früh darauf hingewiesen, dass der asymmetrische Charakter der Massenmedien hinderlich ist für echten politischen Diskurs, weil sie kein Aushandeln auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen und Politik erlauben. Dies scheinen soziale Medien durch die Möglichkeit von Many-2-Many-Kommunikation zu erleichtern und Partizipation und Deliberation zu unterstützen – schließlich kann grundsätzlich jede/r heute beliebig Inhalte erzeugen, verbreiten und in die Masse oder verschiedene Teilöffentlichkeiten streuen. Dem steht aber entgegen, dass hier von Anfang an die Spielregeln der kommerziellen Plattformbetreiber gelten. Inhalte werden daher auch gezielt analysiert und im Sinne des Geschäftsmodells der jeweiligen Plattformbetreiber für kommerzielle Zwecke verwertet. Das kann durchaus auch politisch bzw. ideologisch motivierten Akteuren in die Hände spielen, wie der Skandal um Cambridge Analytica und Facebook aufzeigt (vgl. Ienca 2018; HOC 2019; Strauß 2020). Insofern ist nach wie vor fraglich, wie partizipativ und deliberativ soziale Medien überhaupt sind. Einstige Hoffnungen auf eine breite Demokratisierungswelle sind jedenfalls inzwischen weitgehend abgeflaut. Zu groß sind die (berechtigten) Sorgen bezüglich Manipulation und Beeinflussung von politischen Akteuren, die gezielt Inhalte streuen und ideologische Ansichten verbreiten.

Im Unterschied zu traditionellen Massenmedien versprechen soziale Medien wesentlich mehr Breitenwirksamkeit bei gleichzeitiger Möglichkeit der Personalisierung von Inhalten. Deshalb lassen sich soziale Medien und ihre digitalen Plattformen als quasi-personalisierte Massenkommunikationsmittel begreifen (Strauß 2019, S. 99). Das zeigt sich auch in ihrer politischen Nutzung: Von der Politik werden sie heute primär genutzt, um günstig und effektiv politische Kampagnen zu fahren und parteipolitische Werbung breit zu streuen. Aufmerksamkeit ist dabei heute mehr denn je die Hauptwährung digitalisierter politischer Massenkommunikation. Sie wird mithilfe von Methoden der Verhaltensökonomie erzeugt und über digitale Kanäle zielgruppengerecht verbreitet. Wie das funktioniert, zeigt beispielhaft die Analyse der Methodik hinter dem Cambridge Analytica Skandal (Strauß 2020).

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Es ist daher jedenfalls auch ein struktureller Wandel der Politik bzw. des politischen Stils durch die Mittel digitaler Massenkommunikation beobachtbar. Dass soziale Medien durchaus auch sachorientiert von etablierten Politiker*innen nutzbar sind, hat beispielsweise der ehemalige US-Präsident Barack Obama gezeigt. Sein mittlerweile nicht mehr amtierender Nachfolger demonstrierte das Gegenteil, indem er die Welt fast täglich mit den Schattenseiten ungefilterter politischer Frontalkommunikation konfrontierte. Die Twitter-Politik eines Trump war offensiv, emotionsgeladen, provokant und getragen von einem grundsätzlichen Misstrauen in die Vermittlungsorgane der liberalen Demokratie. Verhöhnungen von Qualitätsmedien und sogar dem Parlament waren keine Seltenheit. Sie wurden als von den „Eliten" gekapert dargestellt – ein klassisches Element des Populismus. Trumps – mitunter satirisch anmutende – Inszenierung von Authentizität gelang es dennoch, eine unverstellte Beziehung zwischen Machthaber und Volk darzubieten. Das Schauspiel wurde nicht nur von Millionen von Trump-Anhängern gefeiert, sondern lange Zeit auch medial zur Schau gestellt. Insofern gelang es, mit digitalen Mitteln wie sozialen Medien die „Volkseele" anzusprechen. Das ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal von Trumps USA, sondern ist auch in vielen anderen Ländern wie beispielsweise Großbritannien, Italien oder Indien zu beobachten, wo sich Premier Modri seiner 40 Millionen *Follower* auf *Facebook* rühmte.

## 4. Unmittelbarkeit und Authentizität – Pathos in der Politik

Die populistisch unterstützte Spaltung der Gesellschaft in ideologisch eng geschlossene, unversöhnlich einander gegenüberstehende Lager ist zumindest in den USA – trotz der Abwahl von Trump – nach wie vor deutlich erkennbar. Die Gründe hierfür sind natürlich zu komplex, um sie bloß den sozialen Medien zuzuschreiben. Dennoch ist bemerkenswert, wie Populisten soziale Medien gezielt einsetzen, um politische Inhalte an klassischen Medien vorbei zu lancieren. Damit wird gehaltvoller medialer Diskurs samt journalistischer Kontrolle und entsprechenden Rationalisierungszwängen umgangen. Die Kontrollfunktion der sog. Vierten Säule der Demokratie wird so untergraben. Dieser Trend zur Unmittelbarkeit, zu einer weitgehend unmoderierten Partizipation mit Welterklärungsanspruch, ist eher hinderlich für den politischen Diskurs, der zwar von kontroversen Meinungen, aber eben auch vom Institutionenvertrauen lebt. Auch der Brexit hat verdeutlicht, was geschieht, wenn Demokratie in völlig unvermittelter Form „gelebt" wird. Gezielte Versuche, die öffentliche Meinung pro Brexit zu beeinflussen, sind im Übrigen auch hier belegt (teils auch mit Nähe zu

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Cambridge Analytica), die Auswirkungen sind noch nicht gänzlich untersucht (HOC 2019; Strauß 2020).

Doch auch abseits gezielter Beeinflussungsversuche gilt: Politischer Diskurs, der ohne ausgewogene Berichterstattung und mäßigende Diskussionsforen stattfindet, also ohne vernünftige, sachorientierte und unabhängige Institutionen, ist gefährdet. Wenn kritische Medien und Öffentlichkeit – und damit deren Funktion als Objektivierungsfilter – umgangen werden, verkommt die liberale Demokratie rasch zum Übungsgelände für Demagogen. Lebendige Demokratie braucht eben die mäßigende Wirkung ihrer Vermittlungsinstanzen. Erst das komplexe Zusammenspiel von Parteien, etablierten Medien, Parlamenten und Kontrollgremien ermöglicht eine erfolgreiche Vermittlung widerstreitender Meinungen und Interessen als Voraussetzung tragfähiger Kompromissbildung. Eine Kernaufgabe von Journalismus und klassischen Medien ist es, politische Inhalte auf Glaubwürdigkeit und Ausgewogenheit zu prüfen, damit Politik auf der Grundlage von Vernunft und Rationalität (Logos) stattfinden kann. Wie die anhaltenden Diskussionen um Fake News und Verschwörungstheorien zeigen, hat die Digitalisierung in Form ihrer populistischen Instrumentalisierung der letzten Jahre zu einer Erosion sachhaltiger Konfliktaustragung beigetragen (Broniatowski et al. 2018).

In den Sozialwissenschaften wurde schon früh vor den Gefahren gewarnt, die von einer Politik der Unmittelbarkeit und Authentizität ausgeht. Wie Sennett (1983) argumentiert, hat sich der Maßstab zur Bewertung politischen Handelns in der Gesellschaft stark in Richtung Emotionalität verschoben. Damit rücken die Person des Politikers bzw. der Politikerin und seine oder ihre „Performance" ins Zentrum des öffentlichen Interesses, während politische Programme an Bedeutung verlieren. In dieser „Politik der großen Gefühle" werden rationale Erwägungen und überprüfbare Argumente verdrängt von emotionalen Appellen und expressivem Handeln. Mit öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen wird dann pathetisch Politik betrieben: Zum Beispiel im Jahr 2003, als US-Präsident George W. Bush den ersten Fällen von Rinderwahn in den USA zum Trotz demonstrativ eine Portion heimischen Rindfleisches verspeiste. Andere Politiker haben fürs Fernsehen gentechnisch veränderte Lebensmittel verspeist oder Wasser aus verseuchten Gewässern getrunken.

Politische Kommunikation nach der Logik des Pathos ist also nichts wirklich Neues. Allerdings scheint sie im digitalen Zeitalter doch sichtbar zugenommen zu haben. Inhalte werden heute besonders emotional präsentiert und vermeintlich authentische Gefühle medial zur Schau gestellt. Soziale Medien mit ihren Plattform-Architekturen und aufmerksamkeitsökonomisch orientierten Geschäftsmodellen bieten ideale Bedingungen,

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

um das zu verstärken. Nicht nur Nutzer*innen, sondern auch deren Inhalte sind digital vernetzt und über Clicks, Likes und dergleichen auch messbar geworden. Daraus wird von Algorithmen errechnet, was aktuell relevant ist. „Mehr Vernetzung ist mehr wert", lautet die Devise. Der Inhalt oder gar dessen Wahrheitsgehalt treten dadurch eher in den Hintergrund, denn relevant ist alles, was Masse erzeugt oder eine solche suggeriert. Die Politik nutzt diese Logik für sich: Parteien werden als politische Bewegungen dargestellt und digitale Kampagnen gezielt genutzt, um möglichst viele Follower zu gewinnen. Ob die Vielzahl an Followern dann in der Realität auch tatsächlich existiert oder nicht, wird auch von den klassischen Medien immer seltener hinterfragt. Berichte über Social-Media-Aktivitäten von Politikern sind längst keine Seltenheit mehr, und die klassischen Medien verstärken so oftmals ungewollt die politischen Botschaften dahinter. Das kann so weit gehen, dass die Grenzen zwischen digitaler Polit-Show und politischen Inhalten sich verschieben und Politik gleichbedeutend mit PR wird. Natürlich wäre es zu kurz gegriffen, soziale Medien allein für diese Entwicklungen verantwortlich zu machen. Doch die Hoffnung auf eine Erneuerung der Demokratie durch Digitalisierung und interaktive Technologien erscheint uns heute naiv.

## 5. Schlussfolgerungen: Mehr Logos in der Politik

Unsere Analyse verdeutlicht, wie eng die digitale Transformation mit einem Strukturwandel der Politik verknüpft ist, der sich neuen strategischen Kommunikationsformen verdankt. Dieser Strukturwandel bringt eine starke Emotionalisierung politischer Inhalte mit sich, oft deutlich verknappt und enorm polarisierend. Dadurch werden politische Diskursräume selbst eingeengt und eine konstruktive Debattenkultur zwischen politischen Gegnern erschwert. Wenngleich weder soziale Medien noch andere Spielarten der Digitalisierung ursächlich verantwortlich für diese Entwicklung sind, so ist deren verstärkende Rolle dahinter kaum zu leugnen. Die Logik der Verknappung ist ein wesentlicher Bestandteil sozialer Medien, und digitale Plattformen geben bereits weitgehend vor, in welcher Form Inhalte gestaltet sein müssen. Das bringt auch eine Quantifizierung politischer Inhalte mit sich. Die Anzahl an Likes, Clicks und ähnlichen Messgrößen bestimmt die Relevanz und nicht mehr der Inhalt selbst. Denn geringer bewertete Inhalte werden rasch unsichtbar und geraten damit auch ins Abseits des politischen Diskurses.

Es steht zwar außer Zweifel, dass auch Akteure der Zivilgesellschaft von der Niedrigschwelligkeit sozialer Medien profitieren – einige auch lange vor professionellen politischen Akteuren wie Parteien. Mobilisierung, För-

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

derung oder Sichtbarmachen von zivilgesellschaftlichem Engagement wurden hier durchaus auch erleichtert. Allerdings zählen zur Zivilgesellschaft nicht nur Greenpeace oder Vier Pfoten, sondern eben auch die Pegida-Bewegung, die Identitären oder auch – zumindest aktuell – eine lautstarke Impfgegnerschaft. Parolen jeder politischen Färbung lassen sich digital sehr einfach verbreiten. Extrem zugespitzte Inhalte scheinen manche Menschen gut zu erreichen – einer differenzierten politischen Debattenkultur sind sie jedoch keinesfalls dienlich. Wie Populismus und anti-demokratische Akteure davon profitieren, hat die Ära Trump gezeigt. All das geht auf Kosten demokratischer Politik, die von Vernunft, Selbstkritik und einem gemeinsamen Willen zur Differenzierung, Entschleunigung und Rationalisierung politischer Positionen lebt. Kurz gesagt: Der neue politische Stil des Pathos, der große Emotionen mit wenig Inhalt verbindet, ist ein Nutznießer der Digitalisierung. Dieser Stil an sich ist nicht neu, wurde aber gewissermaßen massentauglich mithilfe sozialer Medien.

Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass wir offensichtlich Interesse für die „private" Seite der Regierenden bzw. für deren Ad-hoc-Einschätzungen und plakativen Kurzkommentare entwickelt haben müssen, um Twitter & Co überhaupt als eine maßgebliche und bedeutsame Quelle politischer Kommunikation zu betrachten. Wäre dies nicht der Fall, würden wir uns über diese Form der politischen Verständigung schlichtweg wundern oder einfach die entsprechenden Kommunikationskanäle ignorieren. Mit Blick auf die Formenvielfalt politikrelevanter Kommunikation lässt sich also festhalten: Die „Twitter-Politik" (und verwandte Phänomene) ist weniger die Ursache als vielmehr die Folge eines Strukturwandels der Politik. Gleichzeitig dürfte unbestritten sein, dass die sozialen Medien diesen Strukturwandel verstärken.

## Literatur

Aichholzer, G.; Strauß, S. (2016): Electronic Participation in Europe. In: Lindner, R.; Aichholzer, G.; Hennen, L. (Hg.): Electronic Democracy in Europe. Prospects and Challenges of E-Publics, E-Participation and E-Voting. Cham: Springer, S. 55–132

Barberi, A.; Swertz, S. (2017): Strukturwandel der Öffentlichkeit 3.0 mit allen Updates? In: Binder, U.; Oelkers, J. (Hg.): Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit. Reflexionen in pädagogischer Perspektive. Weinheim: Beltz Juventa, S. 151–179

Benkirane, R. (2012): The Alchemy of Revolution: The role of social networks and new media in the Arab Spring. GCSP Policy Paper, No. 2012/7, Geneva Center for Security Policy

Broniatowski, D. A.; Jamison, A. M.; Qi, S.; AlKulaib, L.; Chen, T.; Benton, A.; Quinn, S. C.; Dredze, M. (2018): Weaponized Health Communication: Twitter Bots and Russian Trolls Amplify the Vaccine Debate. In: American Journal of Public Health 108, 1378–1384

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Habermas, J. (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Orig. 1962)

HOC – House of Commons (2019): Disinformation and "fake news": Final Report. Eighth Report of Session 2017–19, HC 1791, 18 February; https://publications.parliament.uk/pa/cm201719/cmselect/cmcumeds/1791/1791.pdf

Ienca, M. (2018): Cambridge Analytica and Online Manipulation. Scientific American, March 30, https://blogs.scientificamerican.com/observations/cambridge-analytica-and-online-manipulation/

Kelsen, H. (2018): Vom Wesen und Wert der Demokratie. Stuttgart: Reclam (Orig. 1929)

Levitsky, S.; Ziblatt, D. (2018): Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. München: DVA

Lüter, A.; Urich, K. (2010): Editorial. Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0. Forschungsjournal Soziale Bewegungen (23)3, S. 3–7

Mill, J. S. (1974): Über die Freiheit. Stuttgart: Reclam (engl. Orig. 1859)

Pasquale, F. (2015): The Black Box Society: The Secret Algorithms That Control Money and Information. Cambridge, MA: Harvard University Press

Schrape, J.-F. (2015): Social Media, Massenmedien und Öffentlichkeit – eine soziologische Einordnung. In: Imhof, K.; Blum, R.; Bonfadelli, H.; Jarren, O.; Wyss, V. (Hg.): Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012. Wiesbaden: Springer VS, S. 199–212

Sennett, R. (1983): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt am Main: Fischer (amerik. Orig. 1977)

Staab, P. (2019): Digitaler Kapitalismus: Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Berlin: Suhrkamp

Strauß, S. (2019): Privacy and Identity in a Networked Society. Refining Privacy Impact Assessment. Abingdon/New York: Routledge

Strauß, S. (2020): Vom „Global Village" zur „Blackbox Society"? Digitale Identitäten und politische Kommunikation in Zeiten des Überwachungskapitalismus. Momentum Quarterly – Zeitschrift Für Sozialen Fortschritt, 9, S. 85–102.

Sunstein, C. R. (2015): Partyism. In: University of Chicago Legal Forum, Vol. 2015, Article 2; https://chicagounbound.uchicago.edu/uclf/vol2015/iss1/2

Theile, G. (2021): Twitter, Telegram, Taliban. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. August 2021, S. 22

Zuboff, S. (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/New York: Campus

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

# Faire Verfahren – Konturen innovativer Governance

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748928928-219, am 12.10.2024, 10:41:50
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb